

## **Die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer ist in Gefahr: Handeln wir, bevor es zu spät ist!**

von Céline Amaudruz, Nationalrätin Genf, (GE)

Als Genferin könnte ich mit Ihnen über die Wohnungsnot in Genf sprechen. Wir haben eine Leerwohnungsziffer von 0,34 % im Jahr 2025 – das sind gerade einmal 850 freie Wohnungen bei über 250'000 Einheiten. Die niedrigste Quote der Schweiz. **Viele Genfer sind gezwungen, sich im benachbarten Frankreich niederzulassen.**

Ich könnte auch von den überfüllten Schulen und dem sinkenden Bildungsniveau reden. Übrigens hat Genf gerade ein Verbot durchgesetzt: Schweizer Schüler, die im grenznahen Ausland leben, dürfen nicht im Kanton Genf eingeschult werden. Ich könnte über so viele Dinge sprechen, die **aufgrund der Bevölkerungsexplosion, die die Schweiz erstickt, nicht mehr funktionieren.** Aber ich habe mich entschieden, über die Sicherheit zu sprechen.

Mehr als andere sind **Frauen, Städte und Grenzkantone** – wie Genf und fast alle Westschweizer Kantone – **direkt mit dem Sicherheitschaos konfrontiert.** Während ich mein heutiges Referat vorbereitet habe, habe ich mich mit einem Genfer Polizisten unterhalten, den ich hier Michel nennen werde und der seit über 12 Jahren bei der Kantonspolizei arbeitet. Sein Bericht ist vielsagend!

### **«Sie kommen aus Nordafrika oder dem Nahen Osten»**

Michel ist seit über zwölf Jahren Polizist. Sein Beruf ist seine Berufung. Er liest keine Statistiken. Er greift jeden Tag vor Ort ein. Was stellt er fest? Die Gewalt nimmt zu, und bestimmte Straftaten wie Körperverletzungen und Sexualdelikte nehmen zu. Bis hierhin ist das, was Michel sieht und erlebt, für jeden in den Polizeistatistiken nachlesbar. Doch Michel führt seinen Bericht fort: «Mindestens 8 von 10 Angreifern sind nicht von hier. Sie kommen aus Nordafrika oder dem Nahen Osten. Aber pssst!»

Ist es möglich, Michels Aussagen zu überprüfen? Leider offiziell nicht, da es **auf Bundesebene keine konsolidierten Daten** gibt, die es erlauben, die Herkunft von Kriminellen und Angreifern festzustellen. Deshalb führt die SVP Schweiz seit drei Jahren eine Kampagne namens «Neue Normalität». Darin werden wöchentlich Verbrechen von ausländischen Kriminellen aufgelistet, über die in den Medien berichtet wird.

Werfen wir einen Blick auf die Verbrechen, die von unserer Kampagne «Neue Normalität» erfasst wurden: Am 6. März wurden ein Marokkaner, ein Tunesier und ein Libyer nach mehreren Diebstählen im Greyerzerland festgenommen. Am 8. März wurden ein Tunesier und ein Marokkaner in Zug auf frischer Tat ertappt. Am 9. März wurden in Freiburg ein Franzose und ein Portugiese nach mehreren Diebstählen festgenommen. Schliesslich griff am 13. März in La Chaux-de-Fonds ein Marokkaner zwei Polizisten an und verletzte sie. **Das sind Beispiele aus zwei Wochen im laufenden Monat März.**

### **Frauen passen stillschweigend ihr Verhalten an**

Kann man den Schweizern ernsthaft sagen, dass man diese importierte Kriminalität nicht offen ansprechen darf, während sich **die Polizeieinsätze häufen**? Die Gewalttaten schockieren und immer mehr Menschen – vor allem Frauen wie Lisa, eine andere Genferin, die ich getroffen habe – passen ihr Verhalten stillschweigend an und

wagen es nicht einmal, den Grund dafür zu nennen: aus Angst, selbst an den Pranger gestellt zu werden.

Zu diesen Entwicklungen haben sich bisher nur wenige Experten geäußert, und es fehlt an öffentlichen Daten. Doch Professor Frank Urbaniok, ehemaliger Chefarzt der Forensischen Psychiatrie des Kantons Zürich, hat vor kurzem das Buch *Schattenseiten der Migration* veröffentlicht. Was sagt er?

Er zeigt auf der Grundlage von Justizdaten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich eine **Überrepräsentation bestimmter Gruppen ausländischer Staatsangehöriger in mehreren Kriminalitätsformen auf, insbesondere bei Gewaltverbrechen**. Diese Gruppen entsprechen den Beobachtungen von Michel, dem Genfer Polizisten, und den Medienberichten, welche die SVP als einzige Partei mit ihrer Kampagne «Neue Normalität» abbildet.

### **Ausländer und Eingebürgerte füllen die Gefängnisse**

Es kommt noch schlimmer: Um seine Untersuchungen zu vertiefen, wollte Professor Urbaniok den Anteil der eingebürgerten Schweizer im Vergleich zu den gebürtigen Schweizern unter den Tätern schwerer Verbrechen ermitteln. Die Überrepräsentation der eingebürgerten Schweizer in den Gefängnissen lag im Jahr 2025 bei 138 % im Vergleich zu den gebürtigen Schweizern. Der Anteil der Eingebürgerten an der Gesamtbevölkerung beträgt gerade einmal 20 %. **Die Überrepräsentation der eingebürgerten Schweizer ist also offensichtlich und kommt zu den rund 70 % Ausländern hinzu, die die Schweizer Gefängnisse füllen.**

Diese Zahlen sind eindeutig. Genau wie jene aus dem Asylbereich! Im Jahr 2023 waren **71 % der Asylsuchenden in der Schweiz Männer**, von denen die überwältigende Mehrheit aus den von Michel genannten Ländern stammt. In den Top Ten der Nationalitäten, deren Bürger in der Schweiz Asyl suchen, finden sich Afghanen, Türken, Eritreer, Algerier, Marokkaner und Tunesier.

**Hören wir auf, uns selbst zu belügen. Die Schweiz hat ein massives Sicherheitsproblem aufgrund ihrer Einwanderung: insbesondere wegen ihrer Asylpolitik und ihrer Einbürgerungspraxis!** Frauen, Städte und Grenzkantone sind die Hauptleidtragenden dieses immensen Problems.

### **Kontrollierte Zuwanderung für mehr Sicherheit**

Was soll Lisa tun? Weiterhin schweigend die Augen senken, ohne es jemals zu wagen, die Realität auszusprechen? Was soll Michel sagen? Weiterhin vergeblich versuchen, einen Anschein von Sicherheit aufrechtzuerhalten, ohne jemals die Wahrheit zu sagen, aus Angst vor einer Entlassung? Tatsächlich richten nicht nur Lisa und Michel ihren Blick auf die politischen Verantwortlichen. Es sind auch Claire, Adrien und Jacques. Florence, Mathilde und Nicolas. **Es sind die Schweizerinnen und Schweizer, die sehen, dass die Sicherheit jeden Tag ein Stück mehr gefährdet ist.**

Dank unserer Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» geben wir unserem Land die Mittel an die Hand, um die Masseneinwanderung zu bremsen und dem Asylmissbrauch ein Ende zu setzen. Damit wir Schweizerinnen und Schweizer uns wieder sicher fühlen können im eigenen Land.